Situation spitzt sich zu

Zahlreiche Initiativen von Zahnärzten zur Flüchtlingshilfe

Das Engagement des Berliner Zahnärzte-Netzwerkes zur Flüchtlingshilfe ist nur eines von vielen Initiativen, mit denen sich Zahnärzte bundesweit engagieren. Diese reichen von Aktionen der Zahnärztekammern bis zu hin zu Initiativen einzelner Praxen, Praxisgemeinschaften oder auch Kliniken. Viele Zahnärzte stellen nicht nur ihre Praxen und Kenntnisse zur Verfügung, sondern haben zu Spendenaktionen aufgerufen oder spenden selbst zahnärztliches oder Hygienematerial wie Zahnbürsten oder Zahnpasta. Neben der puren Akuthilfe denken viele Zahnärzte auch über den Tag hinaus: Wenn sie nur die bisher vorgesehene Notfallbehandlung bei Flüchtlingen sicherstellen, sei dies nicht nachhaltig gedacht. „Eine an die zahnärztliche Erstbehandlung anschließende endodontologische, konservierende oder prothetische Behandlung ist derzeit nicht vorgesehen“, sagt beispielsweise der Präsident der Landes Zahnärztekammer Bayern, Christian Berger. „Das bringt den Zahnarzt unter Umständen in Konflikt, Zähne zu entfernen, die erhalten werden könnten.“ Diese Behandlungen nicht durchzuführen, verschärfe in vielen Fällen das Problem. Allein in diesem Jahr komme eine große Zahl von geschätzt rund 800 000 Flüchtlingen und Asylbewerbern nach Deutschland, von denen viele dauerhaft in der Bundesrepublik blieben. „Wenn wir sie zahnmedizinisch heute nur in Schmerzfällen betreuen, werden die Spätschäden ausgebliebener Versorgung künftig teurer sein als deren Frühbehandlung“, gibt Berger zu bedenken. So denken viele Zahnärzte – auch diejenigen, die derzeit kostenlos ihre Arbeit zur Verfügung stellen. Mittelfristig allerdings lässt sich – bei aller Hilfsbereitschaft und trotz des großen Engagements die medizinische und zahnmedizinische Versorgung nur politisch lösen.

SAS

Mohammed ist so ein Fall. Er war vermutlich seit längerer Zeit nicht beim Zahnarzt, erst der Krieg, dann die Flucht. Nun braucht er dringend eine Behandlung: Diverse Füllungen und eine Extraktion sind angezeigt. „Jeder, der Schmerzen hat, wird in eine Praxis verwiesen, in der er behandelt werden kann“, erläutert Nachtweh.

Den erforderlichen „grünen Schein“, den Behandlungsschein mit dem großen Z darauf, der es Asylbewerbern amtlich erlaubt, zur Notfallbehandlung zum Zahnarzt zu gehen, und mit dem ein Zahnarzt dann auch seine Leistungen abrechnen kann, hat kaum jemand. Auch Mohammed natürlich nicht, denn er ist ja noch nicht einmal registriert. Doch die Organisation in Wilmersdorf klappt hervorragend: Mohammed hat, wie die anderen Patienten auch, einen ehrenamtlich tätigen Dolmetscher an seiner Seite, so dass die Verständigung auf Arabisch unproblematisch klappt. Nachtweh erklärt ihm, dass er am nächsten Tag in der Zahnklinik der Berliner Charité behandelt werden kann – ohne Schein, ohne Geld, einfach nur, weil seine Behandlung ganz dringend notwendig ist. Über die Nacht werden ihm zwei Schmerztabletten helfen. Mohammed lächelt zum ersten Mal und verschwindet zum Registrieren.

Eine ganze Gruppe Patienten, die alle an diesem Nachmittag zum ersten Mal untersucht werden, wird am nächsten Tag mit der S-Bahn in die Zahnklinik der Charité zur Behandlung fahren, begleitet von einem freiwilligen Helfer, der ihnen über die Hürden des öffentlichen Nahverkehrs in einem fremden Land mit einer fremden Sprache hilft. Die Zahnklinik hat, wie andere Praxen auch, ihre Unterstützung zugesagt. Nicht nur die Zahnärzte behandeln in ihren Praxen unentgeltlich über ihre Arbeitszeit hinaus und stellen das benötigte Material zur Ver-

fügung, auch die Helferinnen ziehen mit und arbeiten weiter, obwohl längst Feierabend oder Mittagspause ist.

„Einen grünen Schein habe ich ehrlich gesagt noch nicht gesehen“, sagt Nachtweh. Der 71-Jährige arbeitet mit einem Netzwerk, der Initiative unabhängiger Zahnärzte Berlin, zusammen, hat einen Dienstplan für die freiwilligen Zahnärzte erstellt und viele Kontakte geknüpft, um noch mehr helfende Hände anzuwerben. Eine Dauerlösung sieht allerdings auch der engagierte Zahnarzt in dieser Art der Arbeit nicht. Eine Gesundheitskarte, wie es sie in Hamburg und Bremen bereits gibt und wie es als erstes Flächenland auch Nordrhein-Westfalen kürzlich angekündigt hat, hält Nachtweh für die flächendeckend beste Lösung: „Im Moment ist das hier ein sauberes Zuschussgeschäft, das ist auf lange Sicht natürlich keine Lösung.“

Auch der Freie Verband Deutscher Zahnärzte (FVDZ) setzt sich für diese modifizierte Gesundheitskarte ein, die es für Flüchtlinge möglich macht, sich einer Notfallbehandlung zu unterziehen – ohne großen bürokratischen Aufwand. Andererseits ermöglicht eine Karte auch für die Ärzte und Zahnärzte die Abrechnung ihrer Leistungen. „Leider zögern andere Bundesländer immer noch, dem guten Beispiel aus Hamburg, Bremen und Nordrhein-Westfalen zu folgen“, sagt die FVDZ-Bundesvorsitzende Kerstin Blaschke. „Die Länder müssen den Flüchtlingen endlich eine umfassende und zahn-medizinisch vernünftige Behandlung gewährleisten und so die Kommunen entlasten. Mit der Gesundheitskarte bekämen die Menschen, die in unserem Land Zuflucht suchen, auch ein Stück Würde zurück.“ Dass die anfallenden Kosten zu Lasten der Beitragszahler der Krankenkassen gehen könnten, hält die FVDZ-Bundesvorsitzende für ausgeschlossen. „Diese Karte ist vielmehr eine recht unbürokratische Hilfe – und vor allem schafft sie Sicherheit für die Patienten und auch für die zahnärztlichen Kollegen“, betont Blaschke. Bundesgesundheitsminister Hermann Gröhe, ursprünglich kein großer Freund der Karte für Flüchtlinge, kündigte immerhin schon einmal an, dass die anfallenden Kosten selbstverständlich nicht zu Lasten der Beitragszahler der Krankenkassen gehen könnten, sondern aus dem Asylbewerberleistungsgesetz gedeckt würden. Doch noch bleibt es abzuwarten, ob die Karte bundesweit überhaupt kommt und wenn ja, wann. „Wir hoffen auf eine allgemeingültige Regelung“, sagt Nachtweh. „Aber die Leute haben ja jetzt Zahnschmerzen, da können wir nicht auf Regelungen warten.“

Vor der Tür des kleinen Zahnarzttraumes sitzt ein kleines Mädchen mit seiner Mutter und ihrer Schwester. Dass die Kleine Zahnschmerzen hat, ist auf den ersten Blick zu erkennen. Ihr Milchgebiss ist braun – Karies überall. Zwei Jahre lang hat sie nur gesüßte Milch durch eine Nuckelflasche zu sich genommen – auch das eine Folge von Krieg und Flucht. Nachtweh verweist die scheue Vierjährige ebenfalls zur Charité – zu einem Kinderspezialisten, der ihr sicherlich helfen kann. Die Mutter wird umfassend aufgeklärt. Es ist ihr anzusehen, dass ihr das alles zu viel ist. Für die Dokumentation kämpft die Frau noch mit ihren Papieren. Sie kommt aus Syrien und hat nur arabische Dokumente. Der Übersetzer versucht, sie in lateinische Schriftzeichen, wie sie bei uns gebräuchlich sind, zu übersetzen. Denn einen lesbaren Namen braucht das Kind – für die Charité. „Vianda“ lässt sich schließlich buchstabieren. Zumindest Name, Registrierungsnummer und Herkunftsland müssen auf dem Zettel stehen, den jeder Patient ausfüllen muss. Dazu eine erste Diagnose, ein Therapieversuch und ein Stempel des Zahnarztes. Anamnesebögen hat Nachtweh in diversen Sprachen dabei: Persisch, Rumän-